

Bekleidungsgewerkschaft

GESCHÄFTSSTELLE VENLOER WALL 9
FERNSPRECHER NUMMER 57259

Erscheint alle 14 Tage Samstags u. kostet durch die Post
1.00 RM für das Vierteljahr - Anzeigenpr. für die sechs-
gesp. Colonellzeile 20 Pf. Stellengesuche u. -Angebote
kosten die Hälfte - Geldsend.: Postscheckk. 3596 Köln

Organ des Verbandes christl. Arbeitnehmer
des Bekleidungsgebietes
und des Berufsverbandes christl. Hutarbeiter

Nummer 19/20

Köln den 3. Oktober 1931

28. Jahrgang

Wirtschaftskrise - Strukturwandlungen im Bekleidungsgebiet - Aufgaben der Organisationen

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist allgemein. Alle Wirtschaftsgruppen sind von derselben betroffen; die eine mehr, die andere weniger. Dabei wirkt sich die Krise in Deutschland schwerer und nachhaltiger aus als in den anderen Staaten. Sie wirkt sich deshalb bei uns so schwer aus, weil sie ein hochkultiviertes und zivilisatorisch hochstehendes Volk traf, dessen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sehr stark auf wirtschaftliche Schwankungen reagieren. Dazu kommt, daß die Krise ein Volk trifft ohne ausreichende eigene Rohstoff- und Ernährungsbasis. Die internationale Rohstoffpreissenkung brachte unserer Wirtschaft kolossale Verluste, weil die Unternehmer vielfach bei Eintreten der Preislenkung auf großen Vorräten festsaßen bzw. langfristige Verträge mit ausländischen Lieferanten getätigt hatten. Hier liegen zweifellos Fehler der Unternehmer vor, die sich jetzt bitter rächen. Heute sind Fertigerwaren auf dem internationalen Markt vielfach von deutschen Unternehmern nur zu Verlustpreisen unterzubringen, da die noch vorhandenen oder zu teuer gefahten Rohstoffe die Produkte über den Preis hinaus verteuern, der von der ausländischen Konkurrenz gestellt werden kann. Der Preis des Fertigfabrikates ist bekanntlich sehr stark abhängig vom Preis des Rohstoffes. Bei teuer eingekauften Rohstoffen muß der Preis des Produktes teuer sein, oder der Verleiher erleidet schwere Einbußen.

Die Verhältnisse werden bei uns auch dadurch erschwert, daß die arbeitende Bevölkerung einen verhältnismäßig hohen sozialen Stand hat. Er gebührt ihr auf Grund ihrer Bildung und Leistung im Wirtschaftsleben. Die Folge davon aber ist, daß die deutsche Arbeitererschaft in bezug auf die Untertanenquote nicht konkurrieren kann mit der Arbeitererschaft anderer Völker. Hohe Rohstoffpreise und hohe Verarbeitungskosten schlossen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf vielen Weltmärkten aus. Die Dinge liegen gegenwärtig genau umgekehrt als in der Inflationszeit.

Ferner ist zu beachten, daß die Krise die deutsche Wirtschaft in einer Periode traf, wo die Rationalisierung einen äußerst hohen Stand erreicht hatte. Es war in den Betrieben und deren technischen Einrichtungen viel Kapital investiert, aber davon noch sehr wenig amortisiert, so daß das investierte Kapital einen hohen Zinsdienst erfordert. Zudem traf die Krise bei all den anderen Mängeln ein verarmtes Volk, das von seinem Nationalvermögen, welches 1913 etwa 325 Milliarden Mark betrug, 130 bis 150 Milliarden verloren hat. Allerdings hatte die deutsche Wirtschaft vor der Krise etwa 20 bis 25 Milliarden Mark Auslandskredite zur Verfügung, die in der Produktion arbeiten konnten. Da diese aber zum größten Teil kurzfristig waren, wurden sie ihr erst recht zum Verhängnis, als die Krise eintrat und der Abzug stockte. Und wenn man dann schließlich noch berücksichtigt, daß das deutsche Volk zur gleichen Zeit, als es große Teile seines Nationalvermögens einbüßte (Schlieferrungen an die Entente, Gebietsabtretungen, Schäden bei der Ruhrbesetzung, Reparationszahlungen usw.), seinen Verbrauch an Gütern steigerte, so kann man ermaßen, daß der Rückschlag, der kommen mußte und kam, die Bevölkerung außerordentlich hart traf.

Das Ringen zur Behebung oder doch wenigstens zur Milderung der Wirtschaftskrise geht gegenwärtig in der Richtung, Nationalvermögen und Lebensgestaltung miteinander in Einklang zu bringen. Dießem sich Nationalvermögen und die Bedürfnisse des Volkes mit einem Schlag wieder auf den Standort vom 1913 bringen — letztere allgemein, nicht nur bei der Arbeitererschaft —, so würde die Krise einen viel leichteren Verlauf nehmen, ähnlich wie in England

und Amerika. Diese Länder werden mit der Krise viel leichter fertig, weil dort die Voraussetzungen zur Überwindung der Schwierigkeiten viel eher gegeben sind als bei uns.

Das Bekleidungsgebiet ist während der Krise in einer besonders schwierigen Lage. Es stellt Konsumartikel her, dessen Absatz stark beeinträchtigt ist einmal von zivilisatorischen Ansprüchen der Konsumenten. Diese hinwieder sind sehr stark bedingt von dem Einkommen und der Kaufkraft der Verbraucher. Zum anderen aber richtet sich die Nachfrage nach einem großen Teil der Produktion im Bekleidungsgebiet nach dem Verbrauch bzw. Verschleiß im Arbeitsleben (Arbeiter- und Berufskleider). Sobald viele Arbeitskräfte aus dem Wirtschaftsleben, besser gesagt aus der allgemeinen Produktion ausscheiden, scheiden auch viele Verbraucher als Konsumenten der Produkte des Bekleidungsgebietes aus.

Ueber die Beschäftigungslage im Bekleidungsgebiet ist oft gesprochen und geschrieben worden. Will man die Lage richtig erkennen, so muß man das Gesamtgebiet in Betracht ziehen. Die Lage ist schlecht, schlechter als in den meisten anderen Gewerben. Und doch wird in bezug auf die Beschäftigungslage oft stark übertrieben. Nach den statistischen Ausweisen sind im Bekleidungsgebiet immer noch mehr Menschen in als außer Arbeit, ganz abgesehen davon, daß auch von den offiziell als arbeitslos Gemeldeten ein Teil noch irgendeiner Beschäftigung nachgeht, wenn auch nur periodenweise. Nur sind diese Menschen meist nicht in den alten handwerksmäßigen Betrieben, sondern in der Industrie beschäftigt.

Das Bekleidungsgebiet wird ganz zweifellos diese Krise in einem anderen Zustande verlassen, als wie es in dieselbe eingetreten ist. Wir sehen folgendes: Die wachsende industrielle Qualitätsarbeit untergräbt weitgehend die alte handwerksmäßige Betriebsform. Der handwerksmäßige Mittel- und Großbetrieb wird seltener. An seine Stelle tritt der Klein- und gemischte Betrieb (Wahl- und Konfektionsanfertigung). Vorerst liquidieren deshalb zunächst viele alte Maßgeschäfte, und an ihre Stelle treten vielfach gewisse „Konjunkturjäger“, die auf Kosten guter Geschäftspraxis und angemessener Löhne oft recht zweifelhafte Geschäfte machen. Ferner kommt die industrielle Produktion, der sich das Kapital mehr und mehr bemächtigt, mit ihrer größeren Qualitätsleistung dem Konsumbedürfnis mehr und mehr entgegen. Sie verbilligt daneben das Produkt und zieht größere Kundentriebe an sich. Außerdem schafft die Technik weitere Möglichkeiten der Produktionsverbilligung. Wenn auch gegenwärtig die Rationalisierung in der Bekleidungsindustrie zum Stillstand gekommen ist, so darf uns das nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie erst in den Anfängen steht und bei ansteigender Konjunktur sehr bald wieder größere Fortschritte machen wird. Soweit die Unterbekleidung in Frage kommt, hat die Mechanisierung der Betriebe jetzt schon zur Vereinerung der Produkte und außerdem zu weitgehender Verbilligung geführt. — In diesem Werden und Vergehen wird das ganze Gewerbe weitgehend seine Struktur und seine äußeren Züge verändern.

Mit den genannten Umwälzungen haben auch die gewerkschaftlichen Organisationen im Gewerbe einen Stoß erlitten. In den überalterten und niedergehenden Gewerbezeigen und Betrieben hatten sie natürliche Verluste. Die Arbeitnehmerzahl ging zurück und damit auch die Mitgliederzahl in diesen Branchen. In dem neuen Werden aber haben die Gewerkschaften noch nicht den rechten Anknüpfungspunkt gefunden. So sind ihre Verluste der letzten Jahre auf organisatorischem, arbeitsmarkt-politischem und arbeitsrecht-

lichem Gebiete zu verstehen. Zwar blieben sie äußerlich noch intakt. Ihre Mitgliederzahlen sind noch größer als in der Vorkriegszeit, ihre finanziellen Grundlagen breiter, ihr Ansehen und ihre sozialpolitische Wirksamkeit und Macht ist — trotz aller Riesmacherei und Schwarzlehrei — unversehrt geblieben. Sie sind in breiter Öffentlichkeit als Interessenvertretung der Arbeitererschaft anerkannt. Und doch kommen die Gewerkschaften im Bekleidungsgebiet nicht daran vorbei, sich starkstens auf das Neue, das Werden einzustellen und sich ihm anzupassen, um nicht mit dem Alten abgehäuft und vom Neuen nicht übersehen oder beiseite geschoben zu werden.

Aus der gegenwärtigen Lage erwachsen uns besondere Aufgaben. Die Gewerkschaftspolitik muß in erster Linie wieder auf die Tagesarbeit und dem Ringen als Standesvertretung eingestellt werden. Unsere Arbeit war in der Nachkriegszeit zu eng auf die Lohn- und Tarifpolitik begrenzt. Die größeren sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge — auch für unser Gewerbe — sind zu wenig erkannt und beachtet worden. Wir müssen wieder größeres Interesse hierfür wecken. Damit wird dann auch die Erkenntnis gefördert, daß die Erfolge schwer errungen werden müssen, daß sie der Arbeitererschaft nicht von selbst in den Schoß fallen.

In bezug auf die Lohn- und tarifpolitischen Erfolge der Nachkriegszeit muß festgestellt werden, daß das Ringen um dieselben sich zu wenig vor den Augen der Mitglieder abspielte. Die Ortsgruppen und Mitglieder haben nichts oder doch nur sehr wenig zu den Erfolgen beigetragen. Wapf wurde Kritik geübt, wenn die Mitglieder glaubten, sie hätten das eine oder andere besser machen können als die verantwortlichen Führer in den Zentralvorständen. Damit war dann aber auch die Mitarbeit der Ortsgruppen vielfach erschöpft. Es wird unsere Aufgabe sein müssen, in Verammlungen und Kursen wieder mehr Tarifpolitik im positiven Sinne zu betreiben, d. h. an die Dinge von der grundsätzlichen Seite heranzugehen, Wesen und Aufgaben der Tarifverträge, ihren volks- und sozialwirtschaftlichen Wert herauszustellen.

Die organisatorische Arbeit hat sich zu sehr auf die alten Gruppen und Mitgliederkreise gestützt. Die industriellen Gruppen wurden vielfach nicht genügend beachtet; ebenso nicht die Branchen, die in der Hauptfache weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Man hat mehr das Vorhandene oder sich selbst Meidenbe gehen und gepflegt, statt die organisatorische Arbeit auf alle Branchen auszuweiten und somit auch auf solche, deren Arbeitererschaft schwerer für die Organisation zu gewinnen ist. So haben sich diese Gruppen in besserer Zeit vernachlässigt gefühlt, und es erfordert jetzt doppelte Arbeit, um sie zu gewinnen. Dessen ungeachtet muß aber auch diese Arbeit geleistet werden, schon deswegen, weil wir sonst auch das in den alten Gruppen Vorhandene — Organisatorische und Tarifpolitische — nicht zu halten vermögen. Hier kann ein gesunder Berufsegoismus absolut nicht schaden, ja er ist notwendig im Interesse der Erhaltung und des weiteren Ausbaues der Organisation. Wir müssen deshalb in den kommenden Monaten nicht nur versuchen, das infolge der Krise und der Umstellung im Gewerbe Verlorene zurückzugewinnen, sondern auch nach besten Kräften bestrebt sein, Neuland für die Organisation zu erobern.

Ferner ist festzustellen, daß in vielen Ortsgruppen die organisatorische Arbeit zu sehr auf den hauptamtlichen Kräften geruht hat. Das war zum Teil durch die erhöhten Anforderungen an die Tarif bedingt. Die gewerkschaftlichen Arbeiten,

* Aus einem Vortrag des Kollegen Voeder auf der Ratung des III. Bezirks.

Ja wenn alle Gewerkschaftler Mitglied in der Konsumgenossenschaft wären. Doch wie viele haben noch absteits, teils aus Unkenntnis, teils aus Gleichgültigkeit? Wäre es anders, so würde auch der Einfluß der Konsumgenossenschaften ein weitaus größerer sein.

Doch auch heute schon sind die Konsumgenossenschaften Preisregulatoren im härtesten Sinne. Wenn sie es nicht wären, dann könnte man sich den Kampf des privaten Handels und seiner Organisationen gegen die Konsumgenossenschaften nicht erklären. Mäander. Das kann von hohen Preisen in den Privatgeschäften erzählen, ehe die Konsumgenossenschaft ihren Laden dort aufmachte.

Doch noch andere, nicht minder wichtige Gründe gibt es für den Gewerkschaftler, die Konsumgenossenschaften zu unterstützen. Viele Tausende finden Beschäftigung in den Betrieben der Konsumgenossenschaften. Ihre Produktion noch bedeutend größer sein. Durch eigene Produktionsbetriebe, eigene Spezialfabriken bekommen wir mehr und mehr Einblick und Einblick in das Wirtschaftliche. Barzahlungsprinzip und Rückvergütung werden die Konsumgenossenschaften erlebiger und gesünder für unsere Familien. Daneben wird der Wind geweht für Wirtschaftsprüfung und ihre Zusammenhänge.

Alles das sind Dinge, die der Gewerkschaftler nicht nur beachten und schätzen, sondern auch fördern muß. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften muß für den organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten daher eine Selbstverständlichkeit sein. Konsumgenossenschaften ohne Gewerkschaften oder umgekehrt sind heute nicht mehr denkbar. Stärkte Förderung beider Einrichtungen muß das Ziel aller Verbraucher sein.

Die in der Zeit vom 4.—11. Oktober d. J. stattfindende Verbrauchervereinigung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. Köln, unter dem Motto: „Volk in Volk“ gibt jedem rechten Gewerkschaftler dazu eine besondere Möglichkeit.

Die Konsumgenossenschaften als nationale Wirtschaftsform

Daß die Engländer und Franzosen in der Kriegszeit die Konsumgenossenschaften mit großem Erfolge in ihren Dienst stellten, ist den Deutschen wenig bekannt. Besonders in Großbritannien ist die dort höchstentwickelte Konsumgenossenschaftsbewegung dem britischen Volke in der großen Notzeit des Krieges zugute gekommen. In Deutschland hat man vor dem Kriege die Konsumgenossenschaften mächtig nidergehalten. Die Hilfe, die die Konsumgenossenschaften dem deutschen Volke im Kriege angedeihen ließen, hätte viel größer sein können, wenn man sie in ihrer Entwicklung nicht gehemmt hätte.

Die Konsumgenossenschaften haben nicht nur wirtschaftliche, soziale und sittliche Bedeutung, sondern sie sind auch von großer nationaler Bedeutung. „Die Konsumgenossenschaft, ist national aus Wesensgründen. Sie verfolgt keinerlei Interessen, die Volk, Staat oder Nation zu überkaufen“, heißt es in einer Enfkündigung, die der Reichsverband deutscher Konsumvereine kürzlich auf seiner Tagung in Hannover angenommen hat.

Daß der Kapitalismus nicht national eingestellt ist, haben wir leider wieder in den letzten Monaten gesehen, als das Privatkapital mit einer ganzen Milliarde ins Ausland flüchtete. In der Zeit der Not ist das nicht anders zu beurteilen als wie Fraßneugier in Kriegsjahren. Das Kapital der Konsumgenossenschaften ist viel zu sehr mit dem Volke verbunden, als daß es jemals die Frucht ergreifen würde. Der Kapitalismus ist nationalitätslos, das Genossenschaftswesen ist vaterlands treu.

Die nationale Wesensart der Konsumgenossenschaft erkennen wir auch an der starken Tendenz der Konsumgenossenschaften, deutsche Waren der ausländischen vorzuziehen. Noch ist nicht überall in den Konsumgenossenschaften die inländische Ware eingeführt. Der gute Wille, in erster Linie inländische Ware zu führen, ist aber bei allen Konsumgenossenschaften vorhanden. An der deutschen Handwerkskunst liegt es, daß dieser Wille noch weit mehr als bisher in die Praxis umgesetzt wird. Die Konsumgenossenschaften wollen Helfer des nationalen Bauerntums sein und suchen es im Interesse des Landes zu erhalten.

Die Konsumgenossenschaft ist aber auch in anderer Beziehung national von großem Wert. Sie gibt den wirtschaftlichen Entwürfen unseres Volkes durch Mitbestimmung und Mitbestimmung den Platz, der ihnen als Glieder der Volksgemeinschaft zusteht. Durch die Konsumgenossenschaft ist der Arbeiter weit mehr noch als früher am Wohlgehen der deutschen Volkswirtschaft interessiert. Auch bringt sie ihn durch den Mitbestimmung aus der Gegenständigkeit zu den übrigen Volksschichten heraus und verbindet ihn mit dem Gesamtvolke und dem Staate.

Von großer nationaler Bedeutung ist auch die Ehrlichkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber dem Staate. Wir erleben in der letzten Zeit wieder häufig die Forderung einer größeren Publizität der Aktienunternehmungen. Die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralen haben diese Publizität von jeher gezeigt. Es genügt, ihre Geschäftsberichte zu lesen, um sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Wenn man sie fragt, weshalb sie alles offen legen, bekommt man die Antwort, daß sie nichts zu verheimlichen hätten. Wenn das wirklich so ist, dann haben wir es in den Konsumgenossenschaften mit einer Wirtschaftsfarm zu tun, von der wir nur wünschen können, daß sie in Deutschland weit härter verbreitet würde als bisher.

Bekanntlich stellt man im deutschen Volkstleben seit Jahren mit Recht die Forderung, die hohen Gebälter und Pensionen abzubauen, ohne daß praktisch auf dem Gebiet bisher viel geschehen ist. Von den Konsumgenossenschaften läßt sich sagen, daß es sowohl in Deutschland wie auf der ganzen Erde keine Konsumgenossenschaft und kein Konsumgenossenschaftliches Zentralunternehmen gibt, das als Spitzenglieder der Privatwirtschaft steht, obwohl es sich bei den Konsumgenossenschaften um dieselben großen Wirtschaftlichen und Militärbedürfnisse handelt wie in der Privatwirtschaft. Man weiß von den Konsumgenossenschaften lassen, daß sie sich von jeher auf Bahnen bewegt haben, die heute das Wohl unseres Staates und unseres Volkes gebietet verlangt.

Robert Schäfer.

Not und Hilfe

Die erste Nothilfe ist die Selbsthilfe. Sie ist auch die zuverlässigste und die wirksamste. Wenn es brennt oder wenn Einbrecher im Hause sind, dann ist Selbsthilfe für den Betroffenen zunächst wichtiger als Feuerweh und Polizei.

In der Regel verlangen wir von unseren Mitmenschen nicht nur Selbsthilfe, sondern auch Vorsehung. Wenn jemand bei uns sammelt für Landwirte, die vom Hagelschlag geschädigt wurden, so denken wir unwillig und mit Vorwurf, daß sie sich hätten gegen Hagelschlag versichern müssen. Und wir haben Recht, wenn wir unsere Gaben mit dieser Mahnung begleiten. Der Bauer selbst sieht es inzwischen ein.

Heute sind Millionen Deutsche in Not. Die Staatshilfe und die wohlthätige Nächstenhilfe greifen ein. Aber sie können die Not nur lindern. Sie können die Krise nicht abwenden. Auch dieser Ausfall bringt keinen Weg, der aus der Not einen Wohlstand macht.

Aber er möchte mahnen; Notleidender, bist du selbst, soweit es in deinen Kräften liegt! Werde nicht müde! Sei machsam! Sorg für die Zukunft! Die Arbeitslosigkeit kann du nicht ändern. Deine Familie ist dadurch in schlimmen Gefahren. Das ist hart. Aber härter und trostloser wird die Lage für dich und die deinen, wenn durch deine mürrische und verzweifelte Stimmung noch der Untriede hinzukommt! Treue und Kameradschaft zu deiner Frau, väterliche Sorge für deine Kinder kannst du beweisen, wenn du ihnen das Schwerste erspart. Arbeite mit ihnen, und nütze mit ihnen die unrentablen Feiertage. Tu ihnen wohl und nicht wehe.

Es ist gewiß nicht leicht, wenn du dein eigenes

Seid wachsam!



Kauft nur in unseren Konsum-Genossenschaften.

Geht mit vor Finsternis und Bitterkeit bewahren willst. Leberleiste dich selbst! Hüte alle Möglichkeiten zur Ablenkung aus. Besuche kurze und lange Stunden, Arbeitslosengeld und Verbandserminderungen. Wenn a. K. durch Spielstunden und Lehrkurse die arbeitslose Jugend vor Bitterkeit bewahrt wird, dann haben sie ihren Sinn erfüllt. Deshalb mache mit!

Was keine Stempelstele und kein Wohlfahrtsamt kann, das kannst du als Arbeitsloser deinem arbeitslosen Bruder geben. Stütze ihn bei dem Mat! Ein ermunterndes Wort, ein Witz wollest du können oft mehr erwidern und beleben als eine Wohlfahrtsjuppe!

Damit soll die Notwendigkeit und der Wert materieller Gaben nicht herabgesetzt werden. Wir wollen uns in diesem Ausfall jedoch auf die Dinge beschränken, die der Notleidende selbst tun kann.

Bräu des Arbeitslosen! Du bist gezwungen, zu überlegen, wie du mit den spärlichen Mitteln möglichst weit reichst. In deinem Genossenschaftsleben wirst du ungenügend beraten, welche Warenartikel du durch gleichwertige billigeren Ware erleben kannst. Durch gemeinsamen Großeinkauf mit den anderen Familien kannst du dort ohnehin schon bei den übrigen Waren billiger ein. Gewiß, es handelt sich im Einzelfall immer nur um Pfennige. Aber gerade du mußt mit dem Pfennig rechnen! Das ist Selbsthilfe!

Auch Vorsehung für die Zukunft, muß der Arbeitslose treiben. Darf es ihm gleichgültig sein, zu welchem Lohn er einmal wieder Arbeit bekommt? Gerade nach der Arbeitslosigkeit sind alle Risiken und Kaffen leer. Da ist ein anständiger Lohn doppelt wichtig. Deshalb wird der weitaushauende gerade jetzt zu seiner Gewerkschaft gehen. Er wird gegen die Gewerkschaftsmilchigkeit seiner Kollegen angehen, um ihre Überzeugung kämpfen. Nicht vom Beitrag allein lebt die Gewerkschaft, sondern vom Geist der Solidarität! Und den kann jeder fördern!

Das alles sind Möglichkeiten, wie wir unsere Notlage erleichtern, wie wir für die Zukunft vororgen, Selbsthilfe üben können.

Ein einzig Volk von Brüdern

Von Grete Filling, Berlin.

Hunger und harte Zeiten verbinden und verbinden zwar die Schicksalsgenossen, aber die Jagd nach dem Brot teilt sie auch auseinander. Selbes lehren uns die harte Gegenwart tagtäglich.

Der heftige Kampf der Volksgenossen gegeneinander laßt in der Genossenschaftsbewegung unter in dem friedlichen Streben, den heiligen Weg des Lebens leichter und gangbarer zu machen. So wird die Idee der Konsumgenossenschaft für jeden einzelnen, der sich ihre Ideale zu eigen macht und für das Volk bedeutungsvoll.

Die Konsumgenossenschaften sind geboren in der Notzeit, erstarkt in Kampftagen. Auch heute führt die Not ihnen neue Mitglieder aus allen Ständen zu. Die Einrichtungen der Genossenschaft dienen dem einzelnen zur wirtschaftlichen Erleichterung. Aber damit ist ihr Wirken nicht endgültig gelangweilt. Denn nicht die Dinge, sondern die Menschen stehen hier im Mittelpunkt. Den materiellen Dingen des Lebens, die nun einmal gemeinsame Warenbeschaffung mit allem menschlichen Nebenher, mit allem nächsten Reintum mit sich bringen, gibt die Genossenschaft einen tiefen Sinn, einen wertvolleren In-

halt. Die Treuekraft der Konsumgenossenschaft ist der Wille der Mitgliedschaft. Durch gemeinsam getragene Kosten, gemeinsam geteilte Vorteile der Faust des Kapitalismus zu entgehen, um Raum, Licht und Luft für höhere Ziele zu gewinnen.

Alltägliches wird hier geachtet durch den Zusammenhalt Gleichgesinnter. Unmitten aber Irren und Wirren fühlen wir Konsumgenossenschaftler aller Stände uns eins. Wir wissen, daß der Erfolg abhängt von dem freundlichen, disziplinierten Zusammenwirken aller einzelnen.

Wer in dieser Gemeinschaft sich bewährt, der trägt dazu bei, daß wir werden: ein einzig Volk von Brüdern — und Schwestern.

Eine Lücke in der Verordnung über die Arbeitszeit

In der Stadtpresse des selbständigen Handwerks wird in letzter Zeit sehr oft Bezug genommen auf ein Urteil des Oberlandesgerichts in Kiel vom 26. März 1930, durch welches ein Hofschmied, der wegen Verstoßes gegen die Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 angeklagt war, freigesprochen wurde, obwohl er Keilner und Kochlehrlinge an Tagen, an welchen diese vier Stunden Fortbildungsschulunterricht hatten, in seinem Betriebe zehn Stunden beschäftigte. Eine zehnstündige Arbeitszeit war für den Betrieb auf Grund des für denselben geltenden Tarifvertrages zulässig. Das Oberlandesgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Besuch der Fortbildungsschule nicht als Arbeitszeit anzusehen sei und darum eine Uebertretung der Verordnung über die Arbeitszeit nicht vorliege. Es begründet seine Ansicht u. a. wie folgt:

„Unter Arbeitszeit im Sinne der Arbeitszeitverordnung kann nur die Zeit verstanden werden, in der der Arbeitnehmer auf Grund des zwischen ihm und dem Arbeitgeber bestehenden privatrechtlichen Arbeits- oder Lehntvertrages tätig ist. Für diese Auffassung spricht schon der Umstand, daß die V.V.O. in den besonderen Bestimmungen über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeitnehmer, deren Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule an seiner Stelle besteht, obwohl die Fortbildungspflicht beim Erlaß der V.V.O. längst bestand. Hätte der Gesetzgeber die Zeit des pflichtmäßigen Fortbildungsschulbesuches in die Arbeitszeit eingerechnet wissen wollen, so würde er dies vermuthlich durch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die V.V.O. zum Ausdruck gebracht haben. Es kommt aber hinzu, daß der Zweck der V.V.O. nicht sowohl der ist, den Arbeitnehmer in seiner Gesundheit zu schützen, als vielmehr der, ihn vor übermäßiger Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch den Arbeitgeber zu bewahren. Die Verordnung richtet sich gegen Auswüchse des privatrechtlichen Vertrages, auf dem die Arbeitsverpflichtung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber beruht. Wir dieser Verpflichtung aber hat die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule oder Besuche der Berufsschule nichts zu tun. Es kann deshalb auch die für den Berufsschulbesuch aufzubringende Zeit nicht als Arbeitszeit im Sinne der Arbeitszeitverordnung gelten. Dabei läßt sich nicht verkennen, daß der Arbeitserwerb zwischen der privatrechtlichen Arbeitsverpflichtung und der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule für den jugendlichen Arbeitnehmer zu großen Härten führen kann. Wenn ein Arbeitnehmer, wie im vorliegenden Falle, an einem Tage vier Stunden an Berufsschulunterricht teilnehmen muß und er darüber noch einschließlich der Pausen zwölf Stunden im Betriebe des Arbeitgebers beschäftigt werden kann, so mag dies der Gesundheit nicht zuträglich sein; die Arbeitszeitverordnung stellt dem jedoch in ihrer derzeitigen Fassung nicht entgegen. Abhilfe kann nur durch eine Aenderung der Verordnung im Wege der Gesetzgebung oder durch eine anderweitige Beteiligung der Unterichtsbehörden in der Berufsschule erreicht werden.“

Der Gesetzgeber hat zweifellos die Handhabung der Verordnung über die Arbeitszeit in diesem Sinne nicht gewollt. Wenn heute Gerichte ihr eine Auslegung geben, die es ermöglicht, daß Lehrlinge oder andere junge Menschen pro Tag 16 Stunden angepaßt werden können, so ist es höchste Zeit, daß dieser Zustand geändert wird. Die Verordnung enthält tatsächlich bezüglich der Beschäftigung von Jugendlichen, die dem Fortbildungsschulunterricht betrieblernen müssen, eine Lücke. Sie zu schließen, damit der für die Jugendlichen unhaltbare Zustand so bald als möglich beseitigt wird, wird Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums sein. Wenn schon das erkennende Gericht selbst die Ansicht vertritt, daß die vorhandene Lücke zu großen Härten für den jugendlichen Arbeitnehmer führen kann und eine Anspannung der Kräfte des Jugendlichen bis zu 16 Stunden im Tage der Gesundheit des noch in der Entwicklung begriffenen jugendlichen Menschen nicht zuträglich ist, so sollte die Regierung nicht länger säumen, diesen Zustand zu beseitigen.

Lohnschützende Tätigkeit der Fachausschüsse

Die Fachausschüsse für das Hausgewerbe haben die Aufgabe, neben der Festsetzung von Mindestentgelten die bestehenden Tarifverträge zu überwinden und für die Einhaltung derselben zu sorgen. Leider wird diese Tätigkeit vom Unternehmertum zu verhindern gesucht. Daß der Fachausschuß für Hausarbeit für Berlin und Brandenburg sich trotzdem in seiner ihm vom Gesetzgeber verliehenen Aufgabe nicht betreten läßt, geht aus nachstehendem Briefe, der dem Reichsverband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes zu gegangen ist, sehr deutlich hervor. Wir lassen den Brief im Wortlaut folgen:

„Es ist dem Fachausschuß mitgeteilt worden, daß aus Anlaß der Sitzung vom 30. Juli d. J. Arbeitgeber der Herrenrentfektion gemeinsame Besatzungen getroffen haben mit dem Ziel, die lohnschützende Tätigkeit des Fachausschusses durch entsprechende Gegenmaßnahmen möglichst lahmzulegen. Es sollen Arbeitsgeber die Uebertragung von Arbeit an Zwischenmeister von einer schriftlichen, z. T. eidesstattlichen Erklärung der Zwischenmeister abhängig machen, daß ihr Verdienst die tranfensversicherungspflichtige Grenze übersteigt.“

Der Fachausschuß weist darauf hin, daß er eine solche, häufig unter wirtschaftlichem Druck wahrheitswidrig abgegebene Erklärung nicht anerkennen wird. Er hält die Arbeitgeber für verpflichtet, sich von den Zwischenmeistern den Kadenzes erbringen zu lassen, daß ihr Verdienst die versicherungspflichtige Grenze übersteigt, da nicht eine Erklärung des Zwischen-

